

Sorgen im Schlaraffenland

Die Pharma hat Basel reich gemacht – doch nun investieren die Weltunternehmen weniger, und Warnungen verhallen ungehört

DOMINIK FELDGES,
SEBASTIAN BRIELLMANN

Den Veranstaltungen haftet mittlerweile etwas Mediokres an, immer dieselben Gäste, die gleichen Routinen. Wenn ein wichtiges Pharmaunternehmen in Basel eine Investition ankündigt, ist das keine riesige Schlagzeile mehr. Dabei sind die Zahlen neuerlich beeindruckend: Für 500 Millionen Franken baut Roche ein Forschungsgebäude. Der Spatenstich von vergangener Woche ist ein Statement – gerade für den Standort. Aber der wohlstandsvorwöhnte Stadtkanton ist diese Größenordnung gewohnt.

Dennoch sollten gerade die Politiker zuhören, welche Botschaften der Roche-Verwaltungsratspräsident, Severin Schwan, ihnen mit auf den Weg gibt. Es sei ein schöner Tag, natürlich, aber auch einer, «der von Sorgen begleitet» sei. Schwan, bekannt dafür, Klartext zu reden, spielt auf den wachsenden Protektionismus der USA und Chinas an. Beide Länder zwängen Medikamentenhersteller, Teile der Wertschöpfung verstärkt zu ihnen zu verlagern. Für die stark exportabhängige Pharmaindustrie der Schweiz bedeutet dies, dass ihr diese zwei Schlüsselmärkte zunehmend verschlossen bleiben. Was die Welt erlebe, seien «tektonische Verschiebungen».

Die unflexible Schweiz

Was Schwan damit meint: In den vergangenen Jahren erreichten die Schweizer Pharmaexporte immer neue Rekordstände. 2024 betrug das Volumen 114,5 Milliarden Franken, wovon allein 32 Milliarden Franken in die USA gingen. Basel ist mit Abstand der grösste Nutzniesser der florierenden Medikamentenfuhren. Mit Roche und Novartis haben dort nicht nur zwei der weltweit zehn grössten Pharmakonzerne ihren Sitz. Auch die Nummer eins in der Auftragsfertigung von Pharmaprodukten, Lonza, ist in der Stadt ansässig. Aus Kosten- und Effizienzüberlegungen lassen Pharmafirmen weltweit ihre Medikamente zunehmend von Lohnherstellern fertigen, und Lonza profitiert davon.

Und in Basel kann man sich die Hände reiben. Dass das womöglich nicht gottgegeben und immerwährend ist: Im Stadtkanton hat man das offensichtlich noch nicht verstanden. Der Roche-CEO Thomas Schinecker hatte jüngst an einer Veranstaltung nicht gerade gedroht, aber er hat doch klar gemacht: «Als globales Unternehmen sind wir geografisch flexibel. Die Schweiz ist es nicht.»

Gerade die vereinigte Linke scheint davon wenig beeindruckt. In den vergangenen Wochen hat man sich ohne Not in eine heikle Lage manövriert. SP, Grüne und die lokale Linksaussenpartei Basta wollten, dass das Parlament dem Pharmariesen Roche verbietet, ein Gebäude abzureissen. Die kantone Präsidentin der SP verteidigte die Forderung öffentlich wortreich.

Ganz wohl war es jedoch vor allem den Sozialdemokraten nicht. Sie dominieren im Stadtkanton die Politik. Sie verfügen über drei von sieben Regierungsräten und fast ein Drittel der Sitze im Parlament; was sie vorspuren, gilt in der Regel. Ein Streit mit dem Weltunternehmen ist ein riskantes Unterfangen. Bei der Schlussabstimmung enthielten sich wohl auch darum genügend Genossen, damit Roche ihre Neubaupläne realisieren kann.

Bürgerliche Dekadenz

Dieses Beispiel zeigt exemplarisch, dass sich im Kanton Basel-Stadt in den letzten zwei Jahrzehnten eine merkwürdige Ambiguität akzentuiert hat. Da Links-Grün dominiert, hat man sich eine wachstumskritische Haltung bewahrt, profitiert jedoch, scheinbar ohne schlechtes Gewissen, von den Vorzügen des Kapitalismus. Vor allem dank dem Erfolg der beiden grossen Pharmaunternehmen ist Basel reich geworden in diesem Jahrtausend. Das wissen auch linke Politiker.



Blick auf das Hauptquartier von Roche. Was der Konzern tut, ist in Basel immer ein Statement.

MANDOGA MEDIA / IMAGO

Denn noch lieber als Klassenkampf zu betreiben, gibt man Geld für eigene Herzensprojekte aus. Man wünscht sich ein Kompetenzzentrum für geschlechterreflektierte Männerarbeit oder Rutschbahnen in den Rhein. Kostspielig wird es, wenn es um Umverteilung geht: Kita-Entlastungen oder Prämienverbilligungen kosten mehr als 100 Millionen. Jedes Jahr.

Auch die Bürgerlichen haben sich an die Dekadenz gewöhnt. Das Parlament spricht mit ihrer Unterstützung etwa 3,4 Millionen, um die Dachbegrünung des total erneuerten Warenhauses Globus zu finanzieren, obwohl das Dach nicht öffentlich zugänglich ist. Ein paar Dutzend Sonnenschirme im öffentlichen Raum haben ein ähnliches Preisschild. Auch zu sich selbst ist man grosszügig. Mitglieder des Grossen Rates gönnen sich seit diesem Jahr – zusätzlich zu den Sitzungsgeldern – neu auch Beiträge für die berufliche Vorsorge (was sonst nur noch im Kanton Zürich der Fall ist).

Bedeutsame Steuerzahler

Eher achselzuckend nimmt man dagegen zur Kenntnis, dass jeder Bau im Kanton finanziell ausartet. 50 Millionen mehr für einen Verwaltungsneubau, 300 Millionen zusätzlich für das Biozentrum und das Forschungsgebäude für Biomedizin auf dem universitären Life-Sciences-Campus. Diese Schlaraffenland-Mentalität lässt sich auch mit Zahlen untermauern. Betrug der baselstädtische Betriebsaufwand vor zehn Jahren noch 3,7 Milliarden Franken, sind heute bereits 5,1 Milliarden budgetiert. 37 Prozent mehr – in nur einer Dekade. Das ist nur möglich, weil auch die Einnahmen im selben Zeitraum drastisch angestiegen sind. Von 3,6 auf 4,8 Milliarden. Und dies, obwohl die Bürgerlichen zwei Steuersenkungspakete durchgesetzt haben.

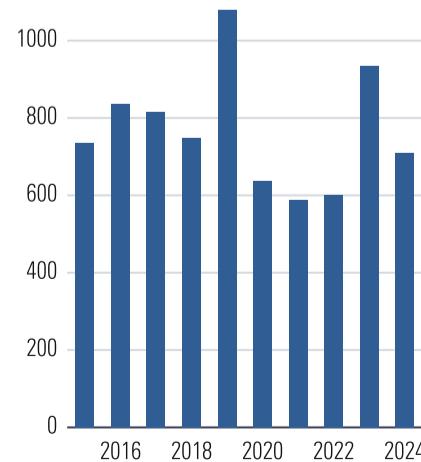
So lässt sich auch erklären, dass die Verwaltung gemäss einer Studie von Avenir Suisse zwischen 2011 und 2022 massiv gewachsen ist; um 24 Prozent, viermal mehr als die Bevölkerung. Das ist ein stärkerer Anstieg als in jedem anderen Kanton – und ein Ausdruck des «Pharma-Booms», schreiben die Autoren. Wie viel Steuern die Branche, hauptsächlich Novartis und Roche, in Basel-Stadt genau abliefer, geben weder Unternehmen noch Kanton bekannt. Klar ist: Roche, Novartis und Lonza beschäftigen in Basel über 17 000 Personen. Von ihnen arbeiten die wenigsten in der Produktion.

Das Gros ist in der Forschung und Entwicklung, im Marketing sowie in zentralen Konzernfunktionen wie den

Noch halten
die Pharmariesen
an Basel fest. Aber
es bewegt sich etwas.
Das Verhältnis
kühlt sich ab.

So viel Steuern zahlen Unternehmen in Basel-Stadt

Gewinn- und Kapitalsteuern pro Jahr (in Millionen)



Lesebeispiel: 2024 zahlten Unternehmen in Basel-Stadt 711 Millionen an Gewinn- und Kapitalsteuern.

QUELLE: FINANZDEPARTEMENT BASEL-STADT

Rechtsdiensten, der Finanz- oder der Steuerabteilung tätig. Das macht die Angestellten zu besonders gut verdienenden Arbeitskräften – und zu bedeutsamen Steuerzahlern. Ihr Beitrag an den Einkommens- und Vermögenssteuern wird nicht erfasst, dürfte aber nicht unbedeutlich sein, wenn bedacht wird, dass die Pharmamitarbeiter für 45 Prozent des Wirtschaftsvolumens verantwortlich sind.

Zu den Steuern, die die Angestellten auf ihren Löhnen bezahlen, gesellen sich Gewinnsteuern. Laut dem Branchenverband Interpharma beträgt das gesamte Steueraufkommen, das die Schweiz der forschenden Pharmaindustrie verdankt, rund 5 Milliarden Franken pro Jahr. 3 Milliarden davon sind Gewinnsteuern. Der Rest sind Lohnsteuern der Beschäftigten. Es ist ein offenes Geheimnis, dass die beiden Basler Konzerne Roche und Novartis mit ihren Mitarbeitern für den Löwenanteil verantwortlich sind.

Man habe im vergangenen Jahr 0,8 Milliarden Franken an Ertragssteuern in der Schweiz bezahlt, erklärt Novartis auf Anfrage. Roche schlüsselt Steuerzahlungen nicht nach Ländern auf, doch dürfte der Beitrag in der Schweiz jenen von Novartis noch übersteigen. Beide Konzerne verfügen auch über gewichtige Aktivitäten im Kanton Zug. Aber auch so dürfte der Fiskus des Kantons Basel-Stadt wesentlich von den hohen Ertragskraft der beiden Pharmamultis profitieren.

Es wird vortrefflich gelebt

Vor der OECD-Mindeststeuer-Abstimmung hat der Kanton selbst errechnet, dass die betroffenen Unternehmen rund eine halbe Milliarde an Steuern zahlen. Das sind nicht nur Pharmafirmen, aber es ist die Hauptbranche. Roche und Novartis vereinigen den Löwenanteil auf sich. Die Einnahmen von juristischen Personen im Kanton sind zwar schwankend, aber massgeblich dafür verantwortlich, dass Basel-Stadt verlässlich einen Überschuss in dreistelliger Millionenhöhe präsentieren kann. Big Pharma als Inbegriff eines Klumpenrisikos.

In Basel hat man sich angewöhnt, diese Abhängigkeiten positiv umzudeuten, spricht gerne von «Klumpenchance». Fakt ist, dass dank der Pharma vortrefflich gelebt wird. 60 Prozent des Aufwands warf man im letzten Jahr für die Bereiche Bildung, Gesundheit und Soziales auf. Man kann sich alles leisten. Gleichzeitig wird sich Basel-Stadt in den nächsten vier Jahren verschulden, doch auf Anfrage sagt das Finanzdepartement, dass diese Zunahme «vertretbar»

und noch «weit entfernt vom Wert der Schuldenbremse» sei. Zudem stünden der Verschuldung auch Vermögenswerte gegenüber. Das ist richtig, aber wahr ist auch: Von der Rating-Agentur S&P, die für Basel-Stadt jeweils ein AAA ausweist, wird die Verschuldung als einziger Punkt negativ bewertet.

In der Politik dominiert jedoch der frivole Leichtsinn. Bei der Bevölkerung scheint sich dieses Gefühl ebenfalls durchgesetzt zu haben. Fast ein Drittel zahlt nicht einen einzigen Steuerfranken. Dabei muss mitbedacht werden, dass die Finanzdirektorin Tanja Soland (SP) keine Freude hat am ausgabenfreudigen Parlament. Und immer öfter auch nicht an ihrer Partei. Die öffentlichen Rüffel, doch bitte etwas mehr Vernunft walten zu lassen, haben ihre Wirkung aber meistens verfehlt. Aus dem Departement heisst es nun: «Der strukturelle Überschuss ist abgebaut. Der Regierungsrat wird in den nächsten Jahren Ausgaben stärker priorisieren und effizienter werden müssen.» Wieder so eine Mahnung.

Hohe Defizite drohen

Das dürfte auch an der Ahnung liegen, dass die Pharmamultis künftig weniger in Basel-Stadt investieren. Oder ihre Gewinne, zumindest teilweise, woanders versteuern. An der Grundsteinlegung von Roche gab es dazu nur auffallendes Schweigen. Schwan räumte lediglich ein, dass der Entscheid für den jetzigen Bau des Forschungsgebäudes lange vor der «massiven Veränderung der Rahmenbedingungen» erfolgt sei.

Novartis will sich auf die Frage, welche Investitionen in den nächsten fünf Jahren in Basel geplant seien, nicht äussern. «Haben Sie Verständnis, dass wir diese Art von Ausblick nicht teilen», lässt die Medienstelle ausrichten. Auch bei Lonza gibt man sich zugeknöpft. Vor einem Jahr hatten Firmenverantwortliche noch stolz die Pläne für einen massiven Ausbau des Hauptsitzes präsentiert.

Das klingt zurückhaltender als in der Vergangenheit. Roche hat seit 2014 mindestens 4 Milliarden investiert. Bei Novartis liegen die grossen Investitionen in den Ausbau des Campus zwar schon länger zurück. Das Unternehmen betont indes, viel Geld für die kontinuierliche Erneuerung seiner Forschungstätigkeit in Basel aufgebracht zu haben. Schweizweit habe man in den letzten drei Jahren über 14 Milliarden Franken in Forschung und Entwicklung sowie in Sachanlagen investiert. Im Posten Forschung und Entwicklung sind indes, zu einem grossen Teil, auch laufende Aufwendungen wie Löhne oder Ausgaben für Verbrauchsmaterial enthalten.

In anderen Sphären bewegen sich dagegen die Investitionen im Ausland: Roche und Novartis kündigten diesen Frühling als Reaktion auf den wachsenden Protektionismus und die damit verbundene Androhung von Zöllen milliardenschwere Investitionen in den Ausbau des Geschäfts mit den USA an. Novartis will in den nächsten fünf Jahren 23 Milliarden, Roche sogar 50 Milliarden Dollar ausgeben. Diese Summen sind insofern zu relativieren, als auch laufende Ausgaben für Forschung und Entwicklung in sie mit einfließen.

Noch halten die Pharmariesen an Basel fest. Aber es bewegt sich etwas. Das Verhältnis kühlt sich ab – auch wenn Schwan dem Standort zugutehält, die negativen Folgen der OECD-Mindeststeuer mit einem Massnahmenpaket zumindest abgedämpft zu haben. Euphorische Bekenntnisse oder gar Garantien werden schon lange nicht mehr abgegeben.

Flossen viele Steuermillionen ab, drohten dem Kanton umgehend hohe Defizite. Angekommen ist diese Botschaft aber nicht. Seit ein paar Tagen wird begeistert über eine Initiative diskutiert, wie die Innenstadt vom öffentlichen Verkehr befreit werden könnte. Die Visualisierung sieht aus wie ein Paradies. Über die Milliardenkosten wird kein Wort verloren. Noch wähnen sich die Basler im Schlaraffenland.